Kali: Land setzt Kreis neue Frist bis Monatsende

Kali-Debatte in der Sackgasse: Das Land setzte eine letzte Frist, der Kreistag will neue Gespräche. Die Debatte wird immer schärfer, ein Ergebnis ist nicht in Sicht.

Von Tarek Abu Ajamieh

Kreis Hildesheim. Der Landkreis Hildesheim und das Land Niedersachsen steuern in der Debatte um den Neustart des Giesener Kali-Bergwerks auf eine knallharte Konfrontation zu. Das Umweltministerium hat dem Landkreis nach eigenen Angaben eine neue Frist bis zum 1. Oktober gesetzt, um eine Entscheidung über die Salzwasser-Einleitung in die Innerste zu treffen. Doch die Kreistags-Mehrheit fordert unter Verweis auf ein am Montag veröffentlichtes Gutachten massive Nachbesserungen beim Genehmigungs-Antrag des Düngemittelkonzerns Kali + Salz (K+S).

Zunächst hatte das Umweltministerium eine Frist bis Ende August gesetzt. Minister Olaf Lies (SPD) verlängerte diese jüngst bei einem Auftritt in Sarstedt bis "Mitte September". Nun hat das Ministerium noch einmal zwei Wochen draufgelegt, wie Sprecherin Sabine Schlemmer-Kaune auf HAZ-Nachfrage erklärte. Wohl, um die Kreistags-Sitzung am 24. September abzuwarten – die nächste Gelegenheit, bei der der Landkreis die geforderte Entscheidung treffen könnte.

Das hat die deutliche Mehrheit der Abgeordneten aber nicht vor. Am Montag hatte die SPD/CDU-Mehrheitsgruppe das vom Landkreis in Auftrag gegebene Rechtsgutachten des Berliner Fachanwalts Siegfried de Witt präsentiert. Kernaussagen: Der Umgang mit dem bestehenden Kaliberg und der Grundwasser-Versalzung muss im Genehmigungsverfahren für den Bergwerks-Neustart geregelt werden,



Der Kaliberg überragt die Häuser der Schacht-Siedlung – ob es noch eine zweite Halde geben darf, ist mehr denn je umstritten.

FOTO: JULIA MORAS

zur Notwendigkeit eines zweiten Kalibergs sind weitere Prüfungen nötig. SPD und CDU im Kreistag sahen sich bestätigt: Eine Entscheidung sei derzeit nicht möglich.

Doch die Erwartung, die beteiligten Behörden und K+S würden nach der Lektüre des Gutachtens einlenken, erfüllt sich nicht. "Das Umweltministerium teilt die Auffassung der Anwaltskanzlei nicht", teilt Sprecherin Schlemmer-Kaune auf Anfrage kurz mit. Gebe es bis zum 1. Oktober keine "abschließende Äußerung" des Landkreises, werde das Ministerium prüfen, ob es ihn zur Erteilung des sogenannten Einvernehmens zur Salzwasser-Einleitung "anweist".

Die Kreistags-Mehrheit wiederum hat angedeutet, im Ernstfall eine solche Anweisung womöglich schlichtweg nicht zu befolgen. Für alle Beteiligten dürfte diese Situation juristisches Neuland sein.

Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), das in dem De-Witt-Gutachten wie berichtet scharf kritisiert wird, gab sich auf Nachfrage ebenfalls ungerührt. Der Landkreis sei noch nicht mit Forderungen aus dem Gutachten auf das LBEG zugekommen, sagte eine Behördensprecherin auf Nachfrage. Im Übrigen sei der Gewässerkundliche Landesdienst in das Verfahren eingebunden gewesen und habe "keine sofortigen Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers angeregt". Das LBEG warte nun erst einmal die sogenannte Gefährdungsabschätzung zur Grundwasser-Situation bei Giesen ab, die K+S bis zum Jahresende erstelle.

K+S selbst sieht auch keinen Anlass, seine Position zu verändern. Dem Wunsch der Kreistagsmehrheit nach einem kurzfristigen Gespräch mit Vorstandschef Burkhard Lohr, das der SPD-Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal vermitteln wollte, erteilte das Unternehmen unter Verweis auf den engen Terminkalender Lohrs eine Absage.

Kreis Hildesheim. Wie soll der Landkreis weiter mit dem Kali-Thema umgehen? Darüber haben sich vor allem CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior und der FDP-Abgeordnete Bernd Fell am Donnerstag-

nete Bernd Fell am Donnerstagabend im Umweltausschuss des Kreistages eine Grundsatzdebatte geliefert.

FDP und Unabhängige hatten das Thema auf die Tagesordnung setzen lassen. Sie forderten, dass der Landkreis endlich eine Entscheidung zur Salzwasser-Einleitung in die Innerste treffen möge – von dieser Erlaubnis hängt die Genehmigung des ganzen Bergwerks-Neustarts ab. Fell kritisierte dazu noch einmal, der Kreistag "überfordere" sich, indem er die Entscheidung an sich gezogen habe. "Das ist für uns nicht zu leisten. Das ist Aufgabe der Experten in den Fachbehörden, nicht der Politik." Er habe

keinen Zweifel, dass die Kreisverwaltung und das Bergamt eine "rechtssichere Entscheidung, die auch Umweltbelange berücksichtigt, treffen können".

Prior hielt Fell daraufhin eine Art Vorlesung in Kommunalrecht. Das Land habe den Kreistagen weitreichende Rechte eingeräumt, sie dürften fast alle Entscheidungen an sich ziehen. Davon habe der Landkreis "in einer Ausnahmesituation" Gebrauch gemacht. Es sei die Pflicht jedes Abgeordneten, sich alle Informationen zum Thema zu verschaffen und dann abzuwägen. "Stellen Sie das in Abrede, stellen Sie einen Grundpfeiler unserer Demokratie infrage", polterte Prior. Die Kreistagmehrheit übe keine Willkür, sondern halte sich an Recht und Gesetz.

Unterstützung bekam er von SPD-Fraktionschef Klaus Bruer und KOMMENTAR



Von Tarek Abu Ajamieh

Ein Fall für die Richter

m Kali-Streit sind die Fronten extrem verhärtet, eine einvernehmliche Lösung scheint nicht mehr möglich. Je schneller die Beteiligten das einsehen, desto besser für den Fortgang des Verfahrens und auch für das politische Klima im Landkreis sowie für das gesellschaftliche Klima in Giesen und Umgebung.

Denn es geht ganz nüchtern nicht um die Frage "Wirtschaft oder Umwelt", nicht um "Arbeitsplätze und Investitionen oder keine Arbeitsplätze und keine Investitionen", sondern um Rechtsfragen. Und die klären besser Verwaltungsrichter, die unvoreingenommen an das Thema herangehen.

Grundsatzdebatte in der Kreispolitik

Grünen-Vertreterin Nina Lipecki. Bruer verwies auf das De-Witt-Gutachten, das gezeigt habe, dass die Kreistags-Mehrheit mit ihren Bedenken richtig gelegen habe. Er versicherte: "Wir wollen die Wiederinbetriebnahme des Bergwerks ja, aber eben unter angemessener Berücksichtigung der Umweltbelange."

Lipecki dankte Prior ausdrücklich für "manche Nachhilfestunde in Verwaltungsrecht" und äußerte die Vermutung, das Thema werde "diesen Kreistag überleben" – sprich, bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2021 werde es keine Entscheidung geben. In eine ähnliche Kerbe hieb Matthias Köhler vom BUND als Vertreter der Umweltverbände. Auch er sah sich in früher geäußerten Bedenken durch das Gutachten bestätigt: "Das Verfahren muss auf Null gestellt werden."